

Herrn Präsident
Jürgen Mandl
Wirtschaftskammer Kärnten
Europaplatz 1
9020 Klagenfurt

Klagenfurt, am 30. Oktober 2017

Antrag an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Kärnten am 21. November 2017

Fortschritt durch Bildung und Forschung

Investitionen in die Bildung und Wissenschaft sind Investitionen in den Arbeitsmarkt. Im internationalen Wettbewerb stellen unsere gut ausgebildeten Menschen, die „hellen Köpfe“, den wichtigsten komparativen Wettbewerbsvorteil dar. Nachhaltige Wirtschaftspolitik erkennt, dass eine elementare Grundvoraussetzung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer österreichischen Unternehmen die umfassende Verfügbarkeit bestens ausgebildeter Mitarbeiter auf allen Ebenen ist.

Zukunftsweisende Wirtschaftspolitik erkennt, dass hervorragende Bildung, Wissenschaft und Forschung als Grundvoraussetzung und integraler Bestandteil erfolgreicher Wirtschaftspolitik gesehen werden muss. In diese Bereiche ist demnach umfassend zu investieren.

Der Staat hat sicherzustellen, dass dem Grundrecht auf Bildung durch ein breit gefächertes Angebot an qualifiziert hochstehenden Bildungseinrichtungen entsprochen wird. Dabei sollen auch private Einrichtungen unterstützt werden, um mit den öffentlichen Institutionen in einen qualitätsfördernden Wettbewerb zu treten. Das österreichische Bildungssystem darf gesellschaftspolitisch weder auf das Bewahren alles Überkommenen noch auf das Verändern um jeden Preis ausgelegt sein, sondern soll Menschen heranbilden, die über ihre Zukunft frei und fundiert zu entscheiden vermögen.

Die unterfertigten Delegierten des Wirtschaftsparlaments Kärnten stellen daher folgenden

Antrag:

Die Wirtschaftskammer Kärnten möge beschließen, sich im Wege der Wirtschaftskammer Österreich u.a. für nachfolgende Vorschläge – beim jeweils zuständigen Bundesministerium – einsetzen:

- Qualitätsvolle Elementarpädagogik: Ausbau und Hebung der Qualität der Elementarpädagogik, jedoch dürfen Kindergärten nicht zu „Bildungsgärten“ gemacht werden.

- Deutsch vor Schuleintritt: Ausreichende Kenntnis der Unterrichtssprache vor Schuleintritt – Einführung einer verpflichtenden Sprachstandserhebung vor Eintritt in die Primarstufe.
- Förderung/Unterstützung der betriebliche Lehrlingsausbildung erneuern und ausbauen
- Freier Universitätszugang für österreichische Staatsbürger. „Herkunftslandprinzip“ für ausländische Studierende. Nur wenn eine Studienberechtigung im Herkunftsland vorliegt, kann in Österreich ein entsprechendes Studium aufgenommen werden.
- Studiengebühren für nicht-österreichische Staatsbürger. Für Studierende aus dem EU-Raum sind kostendeckende Ausgleichszahlungen durch die EU zu verhandeln.
- Verstärkte Anstrengungen zur Ausbildung in den MINT-Fächern
- Langfristige Anhebung der Forschungsfinanzierung: Für die Grundlagen- als auch die wirtschaftsorientierte Forschung über alle Disziplinen.
- Weniger Bürokratie bei Forschungsförderung: Vereinfachungen bei den Rahmenregeln auf nationaler und europäischer Ebene.

WKK-Vizepräsident
KommR Günter G. BURGER

WP Delegierter Lim Stv.
Friedrich REINBOLD